

Uwe Holtz: Entwicklungspolitik und interkultureller Dialog, in: *Entwicklungsethnologie. Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie*, Bonn 2015 (21. Jg., Heft 1/2, 2014: „Entwicklung durch kulturelle Selbstbestimmung, hg. v. Frank Bliss und Marko Heinz), S. 79-98

## **Entwicklungspolitik und interkultureller Dialog**

Uwe Holtz

### **1. Kultur und Entwicklung - Zusammenhänge und Grundsätzliches**

Entwicklungspolitik<sup>1</sup> ist eigentlich „per se schon *interkulturell*“, und interkulturelle Kompetenz ist eine „Schlüsselqualifikation für globales Handeln und nachhaltige Kooperation in entwicklungspolitischen Kontexten“ (vergl. Loch/Seidel 2003: 309f.). Dennoch gibt es Anlass, der Entwicklungspolitik nahe zu legen, „kulturelle Sensibilität zu entwickeln“<sup>2</sup>. Auch in der deutschen Entwicklungspolitik spielte bislang Interkulturalität bzw. der interkulturelle Dialog keine besondere Rolle. In einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegebenen Evaluierung des interkulturellen Dialogs wurde deutlich, dass „es offensichtlich nur sehr wenige Vorhaben mit dieser konkreten Zielsetzung gibt, wovon die meisten erst nach dem 11. September 2001 geplant wurden“ (BMZ 2003)<sup>3</sup>. An diesem Befund hat sich bislang nichts Wesentliches geändert.

---

<sup>1</sup>. Die klassische Entwicklungspolitik, die Entwicklungspolitik im engeren Sinne, um die es hier geht, meint die vor allem von Industrieländern auf der Ebene politischer Handlungen zugunsten der Entwicklungsländer betriebene öffentliche Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*). Oft wird ‚Entwicklungshilfe‘ durch den neutraleren und auf Partnerschaft abzielenden Begriff der ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ ersetzt. Unter der Entwicklungspolitik im weiteren Sinne versteht man alle von Industrieländern ins Werk gesetzten politischen Handlungen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, also auch z. B. die Außenwirtschafts- und Finanzpolitik, die Rüstungsexport- und die Agrarpolitik. (vergl. Holtz 2000: 482f.)

Bei diesem Beitrag des Autors handelt es sich um die überarbeitete Fassung seines Artikels „Die Rolle der Entwicklungspolitik im interkulturellen Dialog“, in: Hartmut Ihne/Jürgen Wilhelm (Hrsg.): *Einführung in die Entwicklungspolitik*, Hamburg 2006, S. 354-364.

<sup>2</sup> So Gabriele Köhler, Politikberaterin der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, auf einem Expertentreffen in Bonn anlässlich des UNDP-Jahresberichts 2004 über „kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ - zitiert bei Böckmann 2005: 7.

<sup>3</sup> Im Rahmen der Evaluierung der Instrumente des inter- und intrakulturellen Dialogs in der EZ (Zeitraum der Evaluierung: Juli bis November 2002) wurden Gespräche mit 35 Personen aus dem BMZ und acht EZ-Organisationen geführt, darunter die politischen Stiftungen, kirchliche Entwicklungsdienste sowie die GTZ und InWent (mit Beginn des Jahres 2011 wurden die drei staatlichen Durchführungsorganisationen der deutschen Technischen Zusammenarbeit GTZ, DED und InWent miteinander

Der interkulturelle Dialog in der Entwicklungspolitik bzw. der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist ein sehr weites und zugleich schwierig zu beackendes Feld; sein Erfolg hängt auch und gerade von der Bereitschaft zu Veränderungen auf beiden Seiten ab. Der Dialog umfasst die Interaktion zwischen Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung von EZ-Maßnahmen, bei den formalisierten Verfahren zwischen Partnern und ‚Gebern‘ und dem politischen Dialog zwischen Regierungen, bei der Anwendung z.B. des Partizipationskonzeptes in der deutschen EZ.

EZ vollzieht sich i.d.R. in einem Spannungsfeld zwischen differenten Kulturentwürfen, in denen zwischen unterschiedlichen Vorstellungen von Entwicklung zwischen den Partnern in einem dialogischen Prozess erst ein gemeinsames Wollen hergestellt werden muss. Dieser Dialogprozess wird durch das strukturell bestehende Verhältnis zwischen ‚Geber‘ und ‚Nehmer‘ ebenso erschwert (im Zweifel gilt: Wer bezahlt, bestimmt) wie dadurch, dass sich die EZ oft in einem Feld umkämpfter Kulturentwürfe innerhalb von Gesellschaften bewegt (Schönhuth 2005: 42). Außerdem steht die EZ in einigen Ländern vor der Herausforderung, adäquat damit umzugehen, dass Kultur mancherorts im Umfeld anderer wirkmächtiger Einflussfaktoren, wie der Instrumentalisierung kultureller Argumentationen zu machtpolitischen Zwecken, zu sehen ist (Trost 2011: 42).

Besondere Anforderungen an die interkulturelle Kompetenz stellen sich auch bei den Austauschprogrammen im Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbereich sowie den Nachkontaktmaßnahmen etwa der Humboldt-Stiftung, des Goethe-Instituts oder des DAAD, bei der Inlandsarbeit in Deutschland, der Personalauswahl, -vorbereitung und -fortbildung, dem deutschen Beitrag in der multilateralen EZ und besonders bei Vorhaben, die direkt die Förderung des interkulturellen Dialogs zum Ziel haben.

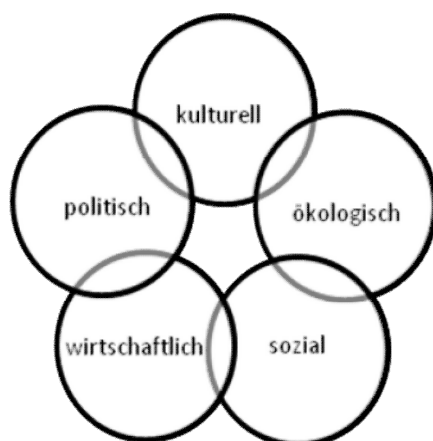
Entwicklung ist ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und spätestens seit Rio 1992 dem Paradigma einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt verpflichtet ist (Holtz 2011: Stichwort ‚Entwicklung‘). Im Zentrum von Entwicklung steht der Mensch, und zwar nicht nur der *homo oeconomicus* (auf die wirtschaftliche Dimension verkürzt wäre er ein menschlicher Krüppel), sondern auch der Mensch als *zoon politicon*, *homo oecologicus* und als Kulturwesen, für den Kultur ein Lebensmittel ist (vergl. Holtz 1997: 25).

Ein wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung ist kulturelle Freiheit, wie der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung 2004 betonte (vergl. UNDP

2004: 2). In ihrer Stellungnahme zu diesem Bericht unterstützte die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul den Wunsch der Menschen nach Identität und nach Bewahrung ihrer kulturellen Traditionen. Zugleich trat sie der im Bericht vertretenen Auffassung bei, dass Kultur und Religion nicht für eine Rechtfertigung von Unterdrückung herhalten können: „Maßstab ist die Respektierung der Menschenrechte“<sup>4</sup>.

Jede Entwicklung muss kulturbewusst sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen (vergl. Holtz 1997; ders. 2000: 497). Die staatliche Entwicklungspolitik will dazu Beiträge leisten und entsprechende Eigenanstrengungen in den Entwicklungs- und Transformationsländern unterstützen. Allerdings ist es endlich „an der Zeit, zu einer Entwicklungspolitik zu gelangen, die der Kultur als wirkungsmächtigstem Faktor des gesellschaftlichen Lebens in Industrie- und Entwicklungsländern endlich die gebührende Aufmerksamkeit verleiht“ (Wilhelm 2010: 25). In den Partnerländern wird stärker als früher die Bedeutung von Kultur für die Entwicklung erkannt. So will das EU-AKP-Abkommen von Cotonou die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1) (BMZ 2002: 25).

*Der integrierte Ansatz von Entwicklung nach dem EU-AKP-Abkommen von Cotonou:*



Die UNESCO, die für Erziehung, Wissenschaft und Kultur sowie Kommunikation und Information zuständige UN-Sonderorganisation, hat mehrfach bekräftigt, „dass Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen werden sollte, die eine

<sup>4</sup> „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ - Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul beim Pressegespräch zum UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, in: [www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede200407141.html](http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede200407141.html) [30.03.2005].

Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst“<sup>5</sup>.

In unserem Zusammenhang meint Kultur vor allem ein System von Orientierungen, Wertefeldern und Normen für Einzelpersonen und Gruppen, Gesellschaften oder Organisationen (vergl. Thomas 1993; Losche 2000; Weiss 2001) - allerdings kein starres, auf ewig festgezurrt System. Die Welt lässt sich eben nicht fein säuberlich in einzelne Zivilisationen oder Kulturen einteilen, wie auch der UNDP-Bericht zu Recht anmerkt und damit Huntingtons Gruppen der „Zivilisationen“ mit Skepsis betrachtet. Denn es mag zwar eine große Kontinuität von Werten und Traditionen geben, aber Kulturen sind einmal veränderlich, zum anderen ähneln sie sich in vielen Aspekten, und fast alle Gesellschaften waren schon einem Wertewandel unterworfen (vergl. UNDP 2004: 7).

Zwei wichtige allgemein gewonnene Erkenntnisse über kulturelle Identität und Wandel und über partnerschaftlichen, interkulturellen Dialog lassen sich wie folgt formulieren:

- Kulturelle Eigenständigkeit muss Hand in Hand mit dem notwendigen sozio-kulturellen Wandel gehen (vergl. Witte 1985: 77) - kultureller und sozialer Wandel sind zwei Seiten einer Medaille, und beide Prozesse finden im politischen Raum statt<sup>6</sup>;
- der Erfolg des Dialogs hängt von der Bereitschaft zu Veränderungen und Anpassungen auf beiden Seiten ab (vergl. Köhler 1985: 164).

Der aus Indien stammende Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen hat vier Feststellungen zum Thema Kultur und Entwicklung getroffen, deren Bedeutung für das Thema nicht hoch genug veranschlagt werden kann (Sen 2004):

- Kultur ist ein konstitutiver Teil von Entwicklung, auch wenn viele andere Faktoren eine Rolle spielen<sup>7</sup>;

---

<sup>5</sup> Siehe die „Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt“, die von der 31. UNESCO-Generalkonferenz im November 2001 in Paris verabschiedet worden ist. Diese Definition stimmt mit den Beschlüssen der Weltkonferenz über Kulturpolitik (MONDIACULT, Mexiko City, 1982), der Weltkommission über Kultur und Entwicklung (Unsere kreative Vielfalt 1995) und der Zwischenstaatlichen Konferenz über Kulturpolitik zur Entwicklung (Stockholm 1998) überein.

<sup>6</sup> So eine der Schlussfolgerungen des Gedankenaustausches „Kultur und Entwicklung“ am 9. März 2004 im BMZ in Bonn, an dem der Verfasser teilgenommen hat. Gefordert wurde auch, die Debatte über Kultur als Entwicklungshindernis offener zu führen. Die Antwort auf die Frage, ob der Schritt von Kultur als „Rahmenbedingung für EZ“ zur Kultur als „Interventionsraum“ gegangen werden sollte, blieb offen.

<sup>7</sup> So bedeutend die Rolle der Kultur für Entwicklung sein mag, es gibt laut Sen noch andere Faktoren, so z.B. Beruf, Rasse, Geschlecht, Klasse oder auch „harte“ Fakten, wie die von relevanten Institutionen ausgehenden Anreize für dieses oder jenes Verhalten, die das Leben beeinflussen.

- Kultur und kulturelle Faktoren beeinflussen wirtschaftliches Verhalten, die Teilnahme an gesellschaftlichen Interaktionen wie auch Orientierungen und Werte – übrigens positiv wie auch negativ;
- Menschen prägen und beeinflussen Kultur, und sie werden zugleich von ihr geprägt und beeinflusst;
- Kultur ist nie homogen und stationär, sondern agiert mit anderen Kulturen und ist Veränderungen unterworfen; kulturelle Einflüsse von außen zu verbieten ist nicht mit dem Engagement für Demokratie und Freiheit zu vereinbaren.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten seinerzeit in ihrem Koalitionsvertrag vom Oktober 2002 angekündigt: „Wir werden die Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die kulturelle Dimension von Entwicklung als Schwerpunkt festigen“<sup>8</sup>. Das klang nach mehr, als bisher getan worden war; allerdings folgten den Worten zu wenige Taten. Sowohl in dem zwischen CDU, CSU und FDP vereinbarten Koalitionsvertrag für die Jahre 2009 bis 2013 als auch im dann folgenden Vertrag der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD fehlte ein vergleichbarer Hinweis auf die kulturelle Dimension von Entwicklung.<sup>9</sup> Immerhin wird im GroKo-Vertrag unter dem Stichwort Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik angekündigt: „Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Förderung des Dialoges der Kulturen und zur Krisenprävention im weiteren Sinn sowie für die Vermittlung von Werten der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt werden“<sup>10</sup>.

Für das BMZ bestanden und bestehen drei an sich begrüßenswerte Hauptziele der deutschen Entwicklungspolitik darin, Armut und Hunger mindern und Frieden sichern zu helfen sowie die Globalisierung gerecht mit zu gestalten. Nur so ließen sich menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern des Südens und Ostens schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, folge die Entwicklungspolitik einem ganzheitlichen Ansatz: dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.

Dabei verknüpft die deutsche Entwicklungspolitik eng vier Dimensionen ihres Handelns: wirtschaftliche Leistungssteigerung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und auch politische Stabilität (vergl. BMZ 2004: 6f.). Die kulturelle Dimension erfuhr hier allerdings ebenso wenig eine besondere Beachtung wie auch in dem wichtigen, von der Bundesregierung am

<sup>8</sup> Koalitionsvertrag, in: [www.boell.de/downloads/stiftung/2002\\_Koalitionsvertrag.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/2002_Koalitionsvertrag.pdf), 84 [08.09.2011].

<sup>9</sup> In der im Dezember 2014 vom BMZ veröffentlichten Bilanz „Ein Jahr Entwicklungspolitik von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller“ tauchen die Begriffe Kultur oder kulturell nicht auf. (vergl. [www.bmz.de/de/presse/Jahresbilanz/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/Jahresbilanz/index.html) [28.02.2015])

<sup>10</sup> Koalitionsvertrag der Großen Koalition (GroKo), in: [www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile) [28.02.2015].

4. April 2001 beschlossenen Aktionsprogramm 2015 („Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“) oder anderen BMZ-Konzepten.

Ein großes Manko - so auch von der UNESCO beklagt - weisen die acht Millenniums-Entwicklungsziele auf: Es gibt kein direkt die Kultur (auch nicht die Demokratie) einschließendes Ziel, aber immerhin beziehen sich mehrere Ziele auf Bildung. Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 (Rio+20) bekräftigte zwar das Paradigma der „nachhaltigen Entwicklung“ und unterstrich die Bedeutung von nachhaltigen Entwicklungszielen. In Artikel 3 des Schlussdokuments „Die Zukunft, die wir wollen“ wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, die wirtschaftlichen, sozialen und Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung auf allen Ebenen mit einzubeziehen, aber in dem mehr als fünfzigseitigen Dokument wird auf die Bedeutung der Kultur nicht näher eingegangen.<sup>11</sup>

## **2. Kultur in der deutschen Entwicklungspolitik**

Die Bundesregierung fördert - vor allem über die Auswärtige Kulturpolitik und die Entwicklungspolitik - Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen<sup>12</sup>. Auch für die derzeitige Große Koalition gilt - wie bereits für die schwarz-gelbe Vorgängerregierung: Die Förderung des interkulturellen Dialogs ist ein außenpolitisches Ziel der Bundesregierung, wobei die Thematik im Kontext der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus für sie zusätzlich an Bedeutung gewonnen und sich verstärkt auf das Verhältnis ‚Westen‘ versus ‚Islamische Welt‘ fokussiert hat - mit unterschiedlichen Projekten wie etwa der Netzerkennung durch sogenannte CrossCulture Praktika des Instituts für Auslandsbeziehungen (Auswärtiges Amt 2014: 32). Die deutsche Politik bleibt aufgefordert, zwischen den Politikfeldern Auswärtige Kulturpolitik

---

<sup>11</sup> Siehe [https://rio20.un.org/sites/rio20.un.org/files/a-conf.2161-1\\_english.pdf](https://rio20.un.org/sites/rio20.un.org/files/a-conf.2161-1_english.pdf) [28.02.2015].

<sup>12</sup> Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesregierung (AKP) orientierte sich u.a. an folgenden Zielen und Grundsätzen (siehe Auswärtige Kulturpolitik - Konzeption 2000): AKP beschränkt sich nicht auf Kulturvermittlung, sondern fördert Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen. Auswärtige Kulturpolitik gewinnt Partner und Freunde für Deutschland und fördert so unmittelbar vitale Interessen unseres Landes. Die AKP ist nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten. Mit der Erweiterung der AKP zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) setzt die Bundesregierung weitgehend auf Kontinuität - vergl. Auswärtiges Amt (2014). Die politischen Leitlinien der AKBP werden vom Auswärtigen Amt formuliert und koordiniert. Die AKBP hat eigentlich eng mit anderen Politikbereichen zusammenzuwirken, insbesondere der Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik sowie der internationalen Kooperation in verschiedenen Bereichen, und sich dabei auch mit den Bundesländern und Nicht-Regierungsorganisationen mit dem Ziel eines konzertierten Vorgehens abzustimmen.

und Entwicklungspolitik für mehr Kohärenz, Kooperation und Komplementarität zu sorgen<sup>13</sup>.

Das BMZ verfolgt zwei Hauptzielsetzungen bei der Förderung des interkulturellen Dialogs, der global und auch vor Ort zu führen ist; er soll:

- zu einem friedlichen Miteinander und zu mehr Verständnis und Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen beitragen und
- das Verständnis der kulturellen Faktoren für Entwicklung stärken<sup>14</sup>.

Zur Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik gehört auch, dass interkulturelles Lernen und Entwicklungspartnerschaft, d.h. gegenseitiges Geben und Nehmen, als Gestaltungsprinzipien an die Stelle der traditionellen Geber- und Nehmerrolle treten müssen (vergl. BMZ 2001a: 61). Im entwicklungspolitischen Konzept des BMZ von 2011 klingt es ähnlich: „Partnerschaft heißt, dass alle Beteiligten ihre Interessen darlegen, gleichberechtigt aushandeln können und in Verantwortung vor einem Wertekanon zum beiderseitigen Nutzen verwirklichen“ (BMZ 2011: 9).

Das Spezifische der interkulturellen Kommunikation bei der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit liegt darin, dass diese - etwa im Unterschied zur global agierenden Privatwirtschaft - an den Leitideen der Armutsbekämpfung, Partizipation und Partnerschaft orientiert ist.

Die mit der wirtschaftlichen Globalisierung und auch der Auslandshilfe einhergehenden Aktivitäten sind in kulturell bedingte leistungs- und veränderungsorientierte Wertvorstellungen eingebettet, die besonders dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis entstammen und in anderen Gesellschaften oft zu Spannungen und Desorientierungen führen. Pauschalierungen verbieten sich jedoch. So ähnelt die konfuzianische Leistungsethik der calvinistischen in vielen Aspekten.

Diese Desorientierungen, verstärkt durch Unterlegenheitsgefühle, erklären die zunehmenden Versuche einer kulturellen Rückbindung/Rückbesinnung („religio“) auf die eigenen Quellen. So sind neue religiöse Bewegungen zu beobachten, u.a. im Islam, die teilweise politisch instrumentalisiert werden.

<sup>13</sup> So auch Pan y Arte & Kultur Transnational (Hrsg.): Kultur und Kunst für nachhaltige Entwicklung. Manifest für eine enge Zusammenarbeit zwischen Auswärtiger Kulturpolitik und Entwicklungspolitik, Münster und Bonn 2006; an dem Manifest hatte der Autor dieser Zeilen mitgearbeitet.

<sup>14</sup> In den 1980er Jahren setzten im BMZ Überlegungen über die sozio-kulturelle Dimension von Entwicklung ein, die 1988 in das vorläufige „Rahmenkonzept Sozio-kulturelle Kriterien für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit“ und 1999 in das Partizipationskonzept des BMZ mündeten, in dem sozio-kulturelle Faktoren zum Pflichtbestandteil des Prüfungsrasters des BMZ für staatliche EZ-Projekte und -Programme gemacht wurden. Zudem waren sozio-kulturelle Schlüsselfaktoren auch bei der generellen Politik gegenüber einzelnen Entwicklungsländern zu berücksichtigen. Für über fünfzig Länder wurden entsprechende Länderanalysen zusammen mit dem Deutschen Übersee-Institut (heute German Institute for Global and Area Studies, GIGA) erstellt (vergl. Bliss 2010: 202f.; Bohnet 2011: 19).

Da erfolgt eine radikale Vereinfachung der Weltbilder mit pauschalen Orientierungsangeboten, scheinbar legitimiert durch die eigenen, z.T. nachträglich erfundenen kulturellen Traditionen (z.B. ‚Der Islam ist die Lösung‘). Aber es gibt auch ein Beharren auf vormodernen Wirtschaftsformen, etwa in bäuerlichen Gesellschaften Subsahara-Afrikas, die an über lange Phasen als überlebensdienlich bewährten sozio-ökonomischen Verhaltensmustern festhalten und damit möglicherweise Überlebenspotentiale bewahren (so Weiss 2001: 366f.)<sup>15</sup>.

Kinder in Peru sind die Erben einer von vielen als rückständig empfundenen, in mehreren tausend Jahren gewachsenen bäuerlichen Kultur. Terre des hommes versucht mit Unterstützung des BMZ mit seinem „Bildungsprogramm zur Förderung der kulturellen und biologischen Vielfalt“ in 37 Dorfgemeinschaften Perus den Kindern zu helfen. Das Ziel des Programms besteht darin, das Selbstverständnis und die Rolle von Kindern als Träger einer lebendigen, den lokalen Bedingungen angepassten Ackerbaukultur zu fördern<sup>16</sup>.

Auf der Dialogveranstaltung zum Thema „Die Herausforderung des Terrorismus - Konsequenzen für die Entwicklungspolitik“ mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ am 21. Oktober 2001 im BMZ in Bonn wurde als eine Konsequenz festgehalten, der interkulturelle und -religiöse Dialog müsse stärker gefördert werden - insbesondere in multireligiösen und multiethnischen Partnerländern und unter Beteiligung gewaltfreier Fundamentalisten. Dabei gelte es, die eigene dominierende Rolle in der Weltökonomie und -kultur zu reflektieren und auch zu verdeutlichen, dass Säkularität nicht ein Konzept ohne Werte sei (vergl. BMZ 2001b).

Zum Dialog gehört auch, dass sich die Dialogpartner frei und ohne Furcht äußern können und dass man selbst dialogfähig ist. Dem damaligen BMZ-Staatssekretär Erich Stather ist zuzustimmen: Die Gesellschaften in Europa und in Deutschland haben Werte - viele von ihnen sind universelle, wenn auch nicht überall durchgesetzte Werte, wie die Würde des Menschen, Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau -, die in der nationalen und internationalen Debatte noch deutlicher gemacht werden müssen (vergl. BMZ 2001b: 8).

Grob lassen sich vier unterschiedliche Dialogverständnisse, die bei der praktischen Entwicklungspolitik zur Anwendung kommen können, unterscheiden (vergl. BMZ 2003):

---

<sup>15</sup> Hingewiesen sei auch auf viele Bereiche traditionellen Wissens, das es z.B. bei der Bekämpfung der Wüstenbildung und der Erhaltung von Artenvielfalt und genetischen Ressourcen zu nutzen gilt. Siehe etwa die UN-Convention to Combat Desertification/Secretariat, Traditional Knowledge (ICCD/COP6/CST/4), 2003 (auch unter: [www.unccd.int/Lists/OfficialDocuments/cop6/cst4eng.pdf](http://www.unccd.int/Lists/OfficialDocuments/cop6/cst4eng.pdf) [14.07.2012]).

<sup>16</sup> Siehe Website des BMZ, in: [www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/peru/projekte/agrarkultur.html](http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/peru/projekte/agrarkultur.html) [30.03.2005].



***Interkultureller Dialog als Mittel zur Verständigung und Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit Konflikten:***

Mit dem interkulturellen Dialog ist die Absicht verbunden, die Verständigung zwischen Partnern oder Parteien unterschiedlicher kultureller Herkunft zu fördern. Über den interkulturellen Dialog soll ein Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit (Interessens-) Konflikten geleistet werden. Die EZ-Organisationen treten in den seltensten Fällen direkt als Dialogpartner auf. Vielmehr haben sie die Rolle von Mediatoren und Fazilitatoren, wobei sie in den meisten Fällen über lokale oder regionale Organisationen arbeiten.

***Interkultureller Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten:***

Nach diesem Verständnis ist Kultur nicht Rahmenbedingung, sondern Gegenstand von beabsichtigten Veränderungen durch EZ-Vorhaben in den Partnerländern. Das Verständnis von interkulturellem Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten ist hauptsächlich in den Bereichen des Rechtswesens sowie der Förderung von Demokratie, Good Governance („gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ - der Verf.) und Menschenrechten zu finden. Insbesondere bei den politischen Stiftungen, aber auch bei der Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geht es neben dem Einsatz von interkulturellem Dialog zur Konfliktprävention und -bearbeitung darum, bestimmte Werte - wie Demokratie, kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, Solidarität oder auch Liberalismus in Ländern des Südens und Ostens zu fördern.

***Interkultureller Dialog als Instrument zur Erreichung von EZ-Zielen:***

Fragen der Kultur gehören nach diesem Verständnis zu den sozio-kulturellen Faktoren bzw. Rahmenbedingungen, innerhalb derer EZ stattfindet. Kulturelle Fragen werden danach als eine Variable betrachtet, die neben anderen Faktoren bei der Erreichung der Ziele von EZ wie auch bei der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen zu beachten sind (sozio-kulturelle Faktoren). Der interkulturelle Dialog wird eingesetzt, um die für den Erfolg von Vorhaben - z.B. ländlichen Entwicklungsprogrammen oder Infrastrukturprojekten - relevanten sozio-kulturellen Faktoren zu verstehen und um die Vorstellungen und Interessen der Partner besser kennen zu lernen.

Auch bei Abstimmungs- und Planungsprozessen im Rahmen von Vorhaben spielt interkultureller Dialog eine Rolle, um unterschiedliche Vorstellungen der Beteiligten zu klären und um gemeinsam getragene Entwicklungsvorstellungen zu entwickeln. Dabei ist die Förderung des Dialogs zwischen Gruppen unterschiedlicher Kulturen an das Sachthema des jeweiligen Vorhabens gekoppelt und beschränkt sich darauf.

### ***Die EZ als interkulturelle Interaktion:***

Die EZ beinhaltet oft auch die interkulturelle Interaktion, die den verschiedenen Etappen der EZ innewohnt, wie z.B. die Interaktion zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Maßnahmen ebenso wie die formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern und der politische Dialog zwischen Regierungen.

### **3. Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Arbeit**

Eine Reihe von Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Arbeit sei zur Diskussion gestellt:

- Die Entwicklungspolitik sollte eine gewichtigere Rolle beim interkulturellen Dialog spielen und diesen in seinen verschiedenen Ausdrucksformen stärker fördern. Sie muss sich dabei auf ihre komparativen Vorteile besinnen, die u.a. darin bestehen, dass sie weniger als die Außen- und Außenwirtschaftspolitik auf kurzfristige und deutsche Eigeninteressen zu achten hat und die Interessen des Anderen stärker berücksichtigen kann. Der Dialog ist global, regional, national und lokal, bi- und multilateral zu führen. Bei regionalen und internationalen Maßnahmen sollten die unterschiedlichen Teilnehmer und Akteure stärker zusammengeführt werden. Das BMZ sollte den interkulturellen Dialog in den Gesamtbereich seiner entwicklungspolitischen Hauptziele (Armutsbekämpfung und Förderung einer menschenwürdigen Entwicklung, Sicherung des Friedens, gerechte Gestaltung der Globalisierung) einordnen. Letztlich könnte die Entwicklungspolitik die Globalisierung mit interkultureller Verständigung verbinden helfen und den Dialog zwischen den Kulturen ohne Hegemonieansprüche im Sinne der Bildung von Lerngemeinschaften fördern.
- Wenn das BMZ die kulturelle Dimension gemäß internationalen Konferenzen und völkerrechtlichen Verträgen als Schwerpunkt festigen will, dann empfiehlt sich eine Erweiterung des Vierecks zu einem entwicklungspolitischen Fünfeck: Soziale, ökonomische, ökologische, politische und kulturelle Entwicklung bildet eine Einheit.<sup>17</sup> Dazu gehört, dass EZ-Projekte und -Programme kultursensibel geplant und durchgeführt und auch verstärkt kul-

---

<sup>17</sup> Die kulturelle Dimension könnte zu einem Querschnittsbereich werden – wie auch der menschenrechtsorientierte Ansatz. Allerdings ist eine Proliferation festzustellen; bislang identifizierte das BMZ u.a. folgende Querschnittsbereiche: Armutsorientierung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umwelt- und Ressourcenschutz, Krisenprävention und Partizipative Entwicklung/gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (BMZ 2008: passim).

turelle Projekte<sup>18</sup> - einschließlich der Unterstützung einer eigenen Kulturindustrie - in den Entwicklungsländern gefördert werden.

**Box 1: 9 Handlungsvorschläge für den Bereich Entwicklungspolitik und Kultur:**

1. Größere Rolle für die Entwicklungspolitik beim interkulturellen Dialog,
2. Erweiterung des entwicklungspolitischen Vierecks um die Kultur zu einem Fünfeck,
3. Integration der kulturellen Dimension in die EZ auf allen Ebenen,
4. Förderung der kulturellen Dimension bei Bildungsprojekten,
5. Bei allen EZ-Vorhaben stärkerer Einbezug kultureller Faktoren,
6. Bessere Vorbereitung von Fachkräften im Hinblick auf die eigene und fremde Kultur,
7. Behutsame Förderung des intra-kulturellen und innergesellschaftlichen Dialogs,
8. Verstärkter Beitrag zur Verbreiterung eines Wertekonsenses,
9. Höhere Visibilität für das Thema Entwicklung und Kultur - auch in der Öffentlichkeit.

- Als Ziele der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich bieten sich die in Artikel 27 „Kulturelle Entwicklung“ des völkerrechtlich verbindlichen EU-AKP-Partnerschaftsabkommen von Cotonou identifizierten Ziele an, die sich sowohl auf den weiteren Kulturbegriff (Kultur als Kontext) als auch den engeren (Kultur als Sektor) beziehen: Integration der kulturellen Dimension in die Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen; Anerkennung, Erhaltung (nicht in jedem Fall – der Verf.) und Förderung kultureller Werte und Identitäten, um einen interkulturellen Dialog zu ermöglichen; Anerkennung, Erhaltung und Förderung des kulturellen Erbes sowie Unterstützung des Ausbaus von Kapazitäten in diesem Bereich; Entwicklung des Kulturgewebes und Erweiterung der Marktzugangsmöglichkeiten für kulturelle Waren und Dienstleistungen (BMZ 2002: 36)<sup>19</sup>. Bei der EU-AKP-Vertragsrevision

<sup>18</sup> Vergl. die von der Inter-Parlamentarischen Union in Amman am 5. Mai 2000 angenommene Entschließung „Dialog der Kulturen und Zivilisationen“ ([www.ipu.org/conf-e/103-2.htm](http://www.ipu.org/conf-e/103-2.htm)), in der die Parlamente ermuntert werden, einen parlamentarischen Dialog zwischen den Zivilisationen und Kulturen zu führen - auch im Rahmen inter-parlamentarischer Freundschaftsgruppen.

<sup>19</sup> Auf der ersten Kulturkonferenz auf Ministerebene der AKP-Staaten am 20.6.2003 in Dakar wurde Kultur als eine treibende Kraft für Entwicklung bezeichnet. Im „Aktionsplan“ verpflichteten sich die Kultusminister, auf nationaler und regionaler Ebene geeignete Maßnahmen in Politik und Gesetzge-

von 2010 wurde der Art. 27 ergänzt: Ziel der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich soll es auch sein, die Rolle kultureller Akteure und Netzwerke und deren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung anzuerkennen und zu unterstützen<sup>20 21</sup>.

- Die EZ sollte bei Bildungsprojekten und -programmen die kulturelle Dimension viel stärker fördern. Dies würde auch einem weiteren Gebot des revidierten EU-AKP-Abkommens entsprechen (vergl. Art. 27). ‚Bildungsorientierung‘ zählt zu den wichtigen Kriterien zukunftsfähiger Entwicklung und Entwicklungspolitik - so auch das vom damaligen Entwicklungsminister Dirk Niebel im August 2011 in einem partizipativen Ansatz zur Diskussion gestellte „neue“ entwicklungspolitische Konzept (BMZ 2011: 11). Allerdings wird in diesem Konzept nichts zu den Inhalten des ganzheitlichen Bildungsansatzes mitgeteilt, dessen entwicklungspolitische Förderung auch dem interkulturellen Dialog zugutekommen könnte, wovon aber im gesamten Konzept nicht die Rede ist.<sup>22</sup>

Wichtige, auch von der Bundesregierung zu beachtende Wegmarken steckte die UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bonn im Jahre 2009 mit ihrer „Bonner Erklärung“ ab. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beruhe auf den Werten der Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz, Unabhängigkeit und Verantwortung und unterstütze Prinzipien einer nachhaltigen Lebensweise, der Demokratie und menschlichen Wohlergehens ebenso wie den Schutz und die Wiederherstellung der Umwelt, den Erhalt natürlicher Ressourcen und deren nachhaltige Nutzung, die Bekämpfung nicht-nachhaltiger Produktions- und Konsummuster sowie die Schaffung gerechter und friedlicher Gesellschaften. BNE fördere eine qualitativ hochwertige Bildung, die Gleichberechtigung der Geschlechter, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Armuts-

---

zung zu ergreifen und für eine Integration der Kultur in die Entwicklungsstrategien zu sorgen, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern zu stärken und auch Partnerschaften mit der Privatwirtschaft einzugehen (Cisse 2003: 8f.).

<sup>20</sup> Siehe Website der EU, in: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/overview/documents/cotonou-consolidated-fin-ap-2012\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/overview/documents/cotonou-consolidated-fin-ap-2012_en.pdf) [14.07.2012].

<sup>21</sup> Auf der ersten Kulturkonferenz auf Ministerebene der AKP-Staaten am 20.6.2003 in Dakar wurde Kultur als eine treibende Kraft für Entwicklung bezeichnet. Im „Aktionsplan“ verpflichteten sich die Kultusminister, auf nationaler und regionaler Ebene geeignete Maßnahmen in Politik und Gesetzgebung zu ergreifen und für eine Integration der Kultur in die Entwicklungsstrategien zu sorgen, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern zu stärken und auch Partnerschaften mit der Privatwirtschaft einzugehen (Cisse 2003: 8f.).

<sup>22</sup> Die Bundesregierung der Großen Koalition bzw. das BMZ hat bislang kein aktualisiertes Bildungskonzept vorgelegt. Auf der Website des BMZ heißt es schlicht, die Förderung der Bildung sei seit 2009 ein Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik (siehe [www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/themen/bildung/bildungsfoerderung\\_deu/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/bildung/bildungsfoerderung_deu/index.html) [01.03.2015]). Die „Zukunftscharta“ des BMZ, listet acht Handlungsfelder auf, zu denen Bildung jedoch nicht zählt (BMZ: 2014).

bekämpfung<sup>23</sup>. Die Offene Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung, die den Auftrag hatte, universelle Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals/SDGs*) vorzu schlagen, hat in ihrem Juli 2014 verabschiedeten Bericht in New York 17 SDGs verabschiedet. Das vierte Ziel widmet sich dem Bereich Bildung und unterstreicht dabei immerhin auch den Beitrag von Bildung und Kultur für nachhaltige Entwicklung<sup>24</sup>.

- Das BMZ sollte bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Entwicklungsvorhaben stärker kulturelle Faktoren einbeziehen und hinsichtlich der von den Akteuren erwarteten interkulturellen Kompetenz konkretere Definitionen erarbeiten. Dazu muss das BMZ personell besser ausgestattet werden, enger mit Mittlerorganisationen und Zuwendungsnehmern zusammenarbeiten, die sich auf kulturelle Faktoren spezialisiert haben, und sich Kompetenz von außen holen<sup>25</sup>.

Weil interkulturell erfolgreiches Handeln in der EZ im Idealfall situations- und kulturbezogen ist und eine Mischung aus Sach-, Sozial- und Selbstkompetenzen darstellt, sind die Fachkräfte der EZ wie auch Begleitpersonen auf ihren Auslandseinsatz vorzubereiten, der immer nur ein Einsatz auf Zeit ist und auch von daher dem ‚Entsandten‘ i.d.R. eine höhere Anpassungsleistung abverlangt. Bi- und multikulturelle EZ-Teams sollten im verstärkten Maße zum Einsatz kommen. Bei der Erfolgsbeurteilung von Projekten sollten verstärkt auch immaterielle Gesichtspunkte wie die Stärkung des Selbstvertrauens, Partizipation und kulturelle Identität berücksichtigt werden<sup>26</sup>.

- Fachkräfte, denen interkulturelle Sensibilität, Kommunikationsfähigkeit und interkulturelles Handeln abverlangt werden, müssen selbst auch deutlich werden lassen, welche kulturellen Logiken, genährt von rational-wissenschaftlichem Denken, es bei uns gibt und welche Interessen Deutschland bzw. die Entsendeorganisation an der Zusammenarbeit hat. Dazu müssen sie über ausreichende Kenntnisse hinsichtlich der Geschichte unseres Landes und der eigenen Industrialisierung, ihrer kulturellen Auswirkungen und generell über Orientierungsstandards unserer Gesellschaft verfügen.

---

<sup>23</sup> So die Bonner Erklärung der UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung, die vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn stattfand - [www.unesco.de/bonner\\_erklaerung.html](http://www.unesco.de/bonner_erklaerung.html) [28.02.2014]).

<sup>24</sup> Vergl. <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/4518outcomedocument.pdf> [01.03.2015].

<sup>25</sup> So verfügt das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) an der Universität Bonn über die Abteilung „Politischer und kultureller Wandel“.

<sup>26</sup> Eine entsprechende von mir als Vorsitzendem des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit beförderte Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982 im Rahmen einer vierzehn Punkte umfassenden Grundsatzerklärung zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland bleibt aktuell, selbst wenn davon einiges umgesetzt wurde, auch dank der Zuarbeit des früher sog. Deutschen Übersee-Instituts (heute GIGA). (Vergl. Deutscher Bundestag 1982).

Hier müssen die Mitarbeitervorbereitung und die Fortbildung intensiviert werden, auch wenn die Mittelbestimmung eine Beschäftigung mit deutscher Entwicklungsgeschichte nicht beinhaltet. Geldgeber und Abgeordnete der zuständigen Bundestagsausschüsse sollten für die nötige Mittelbereitstellung sorgen und damit eine wichtige Basis für den interkulturellen Dialog legen. Diese von Dieter Danckwortt bereits 1985 erhobene Forderung ist weiterhin uneingeschränkt gültig (Danckwortt 1985: 72)<sup>27</sup>.

- Der intra-kulturelle und innergesellschaftliche Dialog sollte vom BMZ behutsam gefördert werden. Er ist wichtig für Klärungsprozesse innerhalb bestimmter kultureller und religiöser Gemeinschaften und - je nach den Umständen - eine notwendige Voraussetzung, Begleitung oder auch Folge des interkulturellen Dialogs<sup>28</sup>. Mit der unter Beteiligung der Zivilgesellschaft entstandenen „Zukunftscharta. EINEWELT – Unsere Verantwortung“ (im November 2014 vorgestellt) besitzt das BMZ ein Referenzdokument für sein eigenes Handeln. Von den dort aufgeführten acht Handlungsfeldern ist das sechste mit „Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen“ überschrieben (‚schützen‘? Sicher nicht in jedem Fall - der Verf.). Als sinnvolle Ziele, die sehr auf das Religiöse fokussiert sind, werden formuliert: Das unterstützende Potenzial von Kultur und Religion für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Menschenrechte muss stärker einbezogen werden; bei entwicklungspolitischen Vorhaben ist mehr als bisher zu berücksichtigen, inwieweit sie zum Abbau von religiösem Hass und Vorurteilen beitragen können; Plattformen für den interreligiösen Dialog sind zu ermutigen; die Kraft der Religionen soll für ein friedliches Zusammenleben genutzt werden, weshalb mit der EZ besonders in fragilen Staaten moderate, konfliktverhindernde Kräfte gestärkt werden sollen (BMZ 2014: 44f.).

- Wie die gesamte auswärtige Politik der Bundesregierung ist der entwicklungspolitische interkulturelle Dialog nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten und Interessen. In Fragen der Demokratieförderung, der Verwirklichung der Menschenrechte, der ökologischen Nachhaltigkeit des Wachstums, der Teilhabe am wissenschaftlich-technologischen Fortschritt, der Armutsbekämpfung oder dem Schutz der natürlichen Ressourcen ist eindeutige Position zu beziehen.

---

<sup>27</sup> Das Thema wurde auch im Oktober 2014 im Rahmen der BMZ-Tagung zur Kultur und Entwicklung angesprochen (siehe Teil II dieses Bandes).

<sup>28</sup> So unterstützte die GTZ (seit 2011 GIZ / Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Lateinamerika die „Indigene Interkulturelle Universität“. Das Projekt (Gesamtlaufzeit von 2005 bis heute) fördert fachlich, organisatorisch und finanziell die Einrichtung von Postgraduierten-Studiengängen, die besonders auf die Bedürfnisse indigener Studierender ausgerichtet sind; zu den Studiengängen gehören bspw. Interkulturelle zweisprachige Erziehung, Interkulturelle Medizin, Selbstbestimmte Entwicklung für „Gutes Leben“ sowie Regierungsführung, öffentliche Politik und indigene Weltanschauung (vergl. Website der GIZ, in: [www.giz.de/de/weltweit/22779.html](http://www.giz.de/de/weltweit/22779.html) [23.2.2015]).

- Das Thema Entwicklung und Kultur verdient eine höhere Aufmerksamkeit - auch in der Öffentlichkeit. Die Politik, das BMZ wie auch andere EZ-Organisationen, die Wissenschaft und die Medien könnten dafür z. B. den Welttag für kulturelle Entwicklung nutzen (auf Anregung der UNESCO hatte die UN-Generalversammlung im Dezember 2002 den 21. Mai zum Welttag für kulturelle Vielfalt für Dialog und Entwicklung ausgerufen) oder auch das Nord-Süd-Zentrum des Europarats in Lissabon, dessen wichtiges Ziel darin besteht, den interkulturellen Dialog zu pflegen. Zudem könnten verstärkt künstlerische Darstellungen und Bearbeitungen entwicklungspolitisch relevanter Themen (Beispiel: Bekämpfung der Desertifikation) in Nord und Süd zum Einsatz kommen.

Ein wichtiges Ziel des interkulturellen Dialogs, das sich auch die Entwicklungspolitik zu eigen machen sollte, besteht darin, sich auf gemeinsame Werte in der Praxis und der gegenseitigen Zusammenarbeit zu verständigen, wie sie bspw. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder dem Übereinkommen zur Beseitigung von Diskriminierungen der Frauen angelegt sind. Dies ist keine „bloße vernunftmäßige oder analytische Übung, auch kein pädagogisches Werk, sondern ein politischer Prozess. Dieser muss einen geeigneten Handlungsentwurf anbieten: für die Ziele der Transformation, die Partizipation derer, deren Wertvorstellungen geändert werden sollen, die Herausbildung institutioneller Maßnahmen, in denen sich diese Werte wieder finden“ (Randeria 1995: 81).

Grundlagen für gemeinsame Werte sind besonders folgende Referenzpunkte:

- Die anerkannten, universellen Menschenrechte. Diese umfassen die politischen und zivilen Menschenrechte, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte sowie das Recht auf Entwicklung (z.B. 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1966 der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966 der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1979 das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Form von Diskriminierung der Frau, 1993 Wiener Weltkonferenz über die Menschenrechte, auf der sich die Universalität gegen den kulturellen Relativismus der Menschenrechte letztlich durchgesetzt hat). Dabei wird den Rechten von nationalen, religiösen und ethnischen Minderheiten und von Frauen in der Menschenrechtsarbeit häufig eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
- Die Allgemeine Erklärung zur Demokratie der Interparlamentarischen Union (vergl. Inter-Parliamentary Union 1997). Gemäß dieser 1997 verabschiedeten Erklärung ist Demokratie ein Ideal, das auf Werten basiert, die den Menschen auf der Welt überall gemeinsam sind – ungeachtet der kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede. Die UN-Generalversammlung bezeichnete Demokratie als universellen Wert und erklärte 2007 auf Anregung der Inter-Parlamentarischen Union den 15. September zum

„Internationalen Tag der Demokratie“. Die Bundesregierung und die am Werte- und Demokratietransfer interessierten Organisationen sollten sich auf diese IPU-Erklärung berufen.

- Die UN-Millenniumserklärung vom September 2000, in der die Staats- und Regierungschefs folgende Werte als für die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert wesentlich aufführen: Freiheit (mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und partizipatorischer Regierungsführung), Gleichheit und Solidarität, Toleranz einschließlich der aktiven Förderung einer Kultur des Friedens und des Dialogs, Achtung vor der Natur sowie die gemeinsam getragene Verantwortung für eine weltweite ökonomische und soziale Entwicklung und die Abwendung der Gefahren für den internationalen Frieden, wobei die Auseinandersetzung mit den Risiken und Bedrohungen, die alle Völker der Erde angehen, auf multilateraler Ebene erfolgen soll (vergl. Vereinte Nationen 2001).
- Das am 1. April 2003 in Kraft getretene AKP-EU-Partnerschaftsabkommen von Cotonou, das die Vertragsparteien geschlossen haben, „um - im Sinne eines Beitrags zu Frieden und Sicherheit und zur Förderung eines stabilen und demokratischen politischen Umfelds - die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der AKP-Staaten zu fördern und zu beschleunigen“ (BMZ 2002: 25).

Angesichts dieser Bekenntnisse und Verpflichtungen zu Demokratie, Menschenrechten und gutem Regierungs- und Verwaltungshandeln ist es geradezu absurd, wenn einige in Süd wie Nord in diesem Zusammenhang von Neokolonialismus sprechen. Richtig ist, dass sich viele Entwicklungsländer notwendigen Veränderungen nicht verschließen dürfen und insofern ein Spannungsverhältnis zwischen der Eigentümerschaft der Partnerländer (*ownership*) und den Erwartungen von Industrieländern und multilateralen Institutionen bestehen kann. Aber wer für die Überwindung des krassen Gefälles zwischen reichen und armen Ländern und großer Einkommensgräben in den Entwicklungsländern selbst sowie für Armutsbeseitigungsstrategien eintritt, kann schlecht für die Beibehaltung entwicklungs-, demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Rahmenbedingungen plädieren.

Im Übrigen gehört zum politischen Dialog „auf gleicher Augenhöhe“ auch, dass sich die Industrieländer Überprüfungen gefallen lassen müssen: in Fragen von Asyl und Migration, Ausländerfeindlichkeit, mangelhafter entwicklungspolitischer Kohärenz, Doppelstandards beim Predigen von marktorientiertem Wirtschaften, zum Teil skandalösen Agrarsubventionen und der Korruptionsbekämpfung.



## Literatur:

Auswärtiges Amt (2014): Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2012/2013. Berlin.

Bliss, Frank (2010): Sozio-kulturelle Aspekte in der entwicklungspolitischen Theorie und Praxis, in: Wilhelm, Jürgen (Hrsg.): Kultur und globale Entwicklung. Die Bedeutung von Kultur für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Berlin, 202-216.

BMZ (2001a): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Bonn.

BMZ (2001b): Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Ergebnisse einer Dialogveranstaltung mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ. Bonn.

BMZ (2002): Das Abkommen von Cotonou - Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft (Materialien, Nr. 118). Bonn.

BMZ (Referat 120) (2003): Interkultureller Dialog in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Evaluierungsbericht. Bonn und Offenbach (eine Kurzfassung der Evaluierung findet sich in: [www.bmz.de/de/publikationen/reihen/evaluierungen/evaluierungsberichte\\_vor\\_2006/EvalBericht671\\_Instrumente\\_Dialog.pdf](http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/evaluierungen/evaluierungsberichte_vor_2006/EvalBericht671_Instrumente_Dialog.pdf) [23.02.2015]).

BMZ (2004): Wirtschaft - Soziales - Entwicklung. Armut bekämpfen und Gerechtigkeit schaffen. Bonn.

BMZ (2008): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2008/2009. Bonn - Berlin.

BMZ (2011): Chancen schaffen - Minds for Change. Zukunft entwickeln - Enhancing Opportunities, Bonn und Berlin, in: [www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie\\_Chancen\\_schaffen.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie_Chancen_schaffen.pdf) [02.03.2015].

BMZ (2014): Zukunftscharta. EINEWELT - Unsere Verantwortung, Bonn - Berlin

Böckmann, Klaus-Börge (2005): Herausforderung multikulturelle Politik, in: Kommunikation Global, Jg. VI, Nr. 61, 7f.

Bohnet, Michael (2011): 40 Jahre Brücken zwischen Entwicklungsfo rschung und Entwicklungspolitik. Ökonomische, ökologische, politische, soziale und kulturelle Bezüge. Bonn u.a.

Cisse, Alassane (2003): Culture as a driving force, in: The Courier ACP-EU, Nr. 199, Juli-August 2003, 8f.

Danckwortt, Dieter (1985): Von den Schwierigkeiten interkulturellen Lernens, in: Böll, Winfried / Wolf, Erika (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt? Baden-Baden, 68-72.

Deutsche UNESCO-Kommission (2009): Bonner Erklärung (Aufruf zum Handeln, verabschiedet von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bonn vom 31. März bis 2. April 2009), Bonn, in: [www.unesco.de/bonner\\_erklaerung.html](http://www.unesco.de/bonner_erklaerung.html) [23.02.2015].

Deutscher Bundestag (1982): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Vierter Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1344 (auch in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/09/013/0901344.pdf> [02.03.2015]).

Holtz, Uwe (1997): Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik, in: ders. (Hrsg.): Probleme der Entwicklungspolitik, Bonn, 11 -97.

Holtz, Uwe (2000): Entwicklungspolitik - Bilanz und Herausforderungen, in: Kaiser, K. / Schwarz, H.-P. (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Baden-Baden, 481-508.

Holtz, Uwe (2011): Entwicklungspolitisches Glossar. Stichwörter zur Entwicklungs- und Eine-Welt-Politik, Bonn, in: [www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virt.-apparat/EP\\_Glossar.pdf/view](http://www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virt.-apparat/EP_Glossar.pdf/view) [23.01.2015].

Inter-Parliamentary Union (1997): Universal Declaration on Democracy (Declaration adopted without a vote by the Inter-Parliamentary Council at its 161st session). Kairo, 16 September 1997, in: [www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm](http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm);[02.03.2015].

Inter-Parliamentary Union (2000): Dialogue among Civilisations and Cultures (Resolution adopted without a vote by the 103rd Inter-Parliamentary Conference). Amman, 5. Mai 2000 (auch in: [www.ipu.org/conf-e/103-2.htm](http://www.ipu.org/conf-e/103-2.htm) [23.02.2015].

Köhler, Volkmar (1985): Die DSE als Forum des „Inneren“ Dialogs, in: Böll, W. / Wolf, E. (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt? Baden-Baden, 162-168.

Loch, Alexander / Seidel, Gerhard (2003): Interkulturelle Zusammenarbeit, in: Thomas, A. (Hrsg.): Handbuch der interkulturellen Kommunikation und Kooperation. Göttingen, 309-318.

Losche, Helga (2000): Interkulturelle Kommunikation. Sammlung praktischer Spiele und Übungen. Augsburg.

Randeria, Shalini (1995): Die Krise der Entwicklungstheorie: einige Betrachtungen zu Kultur, politischem Prozess und Bevölkerungspolitik, in: Deu-

scher, E. / Jahn, T. / Moltmann, B. (Hrsg.): Entwicklungsmodelle und Weltbilder (DSE). Frankfurt, 78-92.

Pan y Arte und Kultur Transnational (2006): Kultur und Kunst für nachhaltige Entwicklung. Manifest für eine enge Zusammenarbeit zwischen Auswärtiger Kulturpolitik und Entwicklungspolitik, Münster / Bonn (unter [http://www.culture-and-development.info/f\\_pdf/09ManifestD.pdf](http://www.culture-and-development.info/f_pdf/09ManifestD.pdf) [23.02.2015])

Schönhuth, Michael (2005): Glossar Kultur und Entwicklung. Ein Vademecum durch den Kultur-Dschungel, hrsg. von GTZ / DEZA in Kooperation mit der Universität Trier (Trierer Materialien zur Ethnologie, Nr. 5). Frankfurt (auch unter [www.goethe.de/ges/pro/ent/de-glossar-kultur-und-entwicklung.pdf](http://www.goethe.de/ges/pro/ent/de-glossar-kultur-und-entwicklung.pdf); als vom Autor fortgeschriebenes Glossar unter [www.kulturglossar.de/index.html](http://www.kulturglossar.de/index.html) [11.09.2011]).

Sen, Amartya. (2004): How does culture matter?, in: Vijayendra, Rao / Walton, Michael (Hrsg.): Culture and Public Action. Stanford University Press, 37-58.

Thomas, Alexander (1993): Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung. Göttingen.

Trost, Esther (2012): ‚Kultur und Entwicklung‘ in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Konzepte und Relevanz, in: Entwicklungsethnologie 19. Jg. (1+2), 11-88 (überarbeitete politikwissenschaftliche Magisterarbeit, Universität Bonn).

UNCCD (2003): Traditional Knowledge (Note by the Secretariat - ICCD/COP(6)/CST/4), (auch in: [www.unccd.int/Lists/OfficialDocuments/cop6/cst4eng.pdf](http://www.unccd.int/Lists/OfficialDocuments/cop6/cst4eng.pdf) [23.02.2015]).

UNDP (2004): Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt. Bonn (Dt. Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen)..

UNESCO (2001): Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt (31. UNESCO-Generalkonferenz). Paris, in: [www.unesco.de/erklaerung\\_vielfalt.html](http://www.unesco.de/erklaerung_vielfalt.html) [23.02.2015].

Vereinte Nationen (2001): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen (Resolution der Generalversammlung A/55/L.2). New York, in: <https://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf> [23.02.2015].

Weiss, Dieter (2001): Kultur und Entwicklung, in: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung). Bonn, 366-378.

Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2004): Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt (Bundesentwicklungsministerin beim Pressegespräch zum UN-

Bericht über die menschliche Entwicklung 2004), in: [www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede\\_200407141.html](http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede_200407141.html) [30.03.2005, zwischenzeitlich auf BMZ-Homepage gelöscht].

Wilhelm, Jürgen (2010): Kultur und globale Entwicklung. Die Bedeutung von Kultur für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Berlin.

Witte, Barthold C. (1985): Dialog der Kulturen: Haben wir ihn gelernt?, in: Böll, Winfried / Wolf, Erika (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training - Was haben wir gelernt? Baden-Baden, 72-78.

**Holtz, Uwe** (\*1944): Prof. Dr. phil., ehrenamtlich tätiger Hochschullehrer am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn sowie Development Consultant. Studium der Geschichte und Romanistik an der Universität Köln (1967 Staatsexamen und 1969 Promotion). Wissenschaftlicher Assistent für Neuere Geschichte an der Universität Kiel. Von 1972/73 bis 1994/95 Mitglied des Deutschen Bundestages und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats; zwanzig Jahre Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere zu Fragen der Entwicklungspolitik und europäischen Einigung sowie von Demokratie, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung.